



Bern, im November 2015

Stellungnahme der EKKJ zu den Ergebnissen der Befragung «Ich und meine Schweiz»

Handlungsansätze und Massnahmen

Im Vorfeld der Eidgenössischen Wahlen vom Herbst 2015 wollte die EKKJ die Meinung der Jugendlichen in Erfahrung bringen, die in diesem Jahr erstmals an die Urne gehen können. Das Ziel war es, den wahlberechtigten Jugendlichen dadurch Gehör zu verschaffen. Die EKKJ hat dazu einen Fragebogen zu verschiedenen aktuellen sozialpolitischen Themen konzipiert.

Im Herbst 2014 hat die EKKJ die Universität Bern und das Forschungsinstitut M.I.S. Trend mit einer repräsentativen Meinungsumfrage unter 17-jährigen Jugendlichen aus allen Kantonen und Regionen der Schweiz betraut. Der Forschungsbericht (Deutsch, mit Zusammenfassungen in Französisch, Italienisch und Englisch)¹ sowie eine kurze Broschüre mit den wichtigsten Ergebnissen und einigen Schlussbemerkungen der EKKJ sind verfügbar unter www.ekkj.ch (Dokumentation).

Das vorliegende Positionspapier fasst die von der EKKJ vorgeschlagenen Handlungsansätze zusammen. Jede Massnahme beruht auf einer Auswahl von Ergebnissen, die in vier Themengruppen zusammengefasst wurden:

1. Politische Partizipation und soziales Engagement
2. Vereinbarkeit von Beruf und Familie
3. Globalisierung, Migration und Minderheiten
4. Die Schule auch als Lebensschule

¹ Michelle Beyeler, Sarah Bütikofer, Isabelle Stadelmann-Steffen: *Ich und meine Schweiz. Befragung von 17-jährigen Jugendlichen in der Schweiz*. Hrsg. Eidgenössische Kommission für Kinder- und Jugendfragen EKKJ. In: Beiträge zur sozialen Sicherheit. Bern: Bundesamt für Sozialversicherungen, 2015. Der Bericht steht auf www.ekkj.ch zur Verfügung.

1. Politische Partizipation und soziales Engagement

Befragungsergebnisse

- 50 % der Jugendlichen interessieren sich für Politik.
 - ♂ 57 % der jungen Männer – ♀ 43% der jungen Frauen
- 36 % der Jugendlichen bekunden häufig Mühe, politische Themen zu verstehen.
 - ♀ 45 % der jungen Frauen – ♂ 28 % der jungen Männer
- 50 % der Jugendlichen befürworten einen obligatorischen Bürgerdienst anstelle der heutigen Wehrpflicht.

Von der EKKJ vorgeschlagene Massnahmen

Seit ihrer Gründung 1978 setzt sich die EKKJ für eine koordinierte und vernetzte Kinder- und Jugendpolitik auf den verschiedenen Ebenen unseres föderalistischen Systems ein. Um dieses Ziel zu erreichen, hat sie regelmässig daran erinnert, wie wichtig die Umsetzung der UNO-Konvention über die Rechte des Kindes (KRK) ist. Im Vordergrund steht dabei Artikel 12, der dem Kind das Recht zusichert, seine Meinung in allen es berührenden Angelegenheiten frei zu äussern und die Meinung des Kindes als Einzelperson oder als Teil einer Gruppe angemessen zu berücksichtigen².

Vor dem Hintergrund der Jugendbefragung und in Anwendung von Artikel 12 KRK muss die «politische» Partizipation schon früh (ab 4 Jahren) und nicht erst im Jugendalter gefördert werden. Die **frühe Förderung der Partizipation bei Kleinkindern** ermöglicht diesen, schon sehr früh ein Interesse für «öffentliche Angelegenheiten» und ein Gefühl von Sachkompetenz zu entwickeln, was für die politische Sozialisierung entscheidend ist, die sich nicht nur auf gut ausgebildete junge Männer beschränken darf. Kinder sollten soweit als möglich in die Entscheidungsfindung eingebunden werden, vor allem zu Fragen oder Projekten von öffentlichem Interesse, die sie in der Schule und im Quartier (Gemeinde) direkt betreffen. Auch in allen anderen Bereichen, die das Leben und vor allem die Familie des Kindes tangieren, sollten sie mitreden können. Der Bund sollte Anreize schaffen, indem er Projekte, die spezifisch diese Ziele verfolgen, finanziell unterstützt.

Den öffentlichen Verwaltungen und privaten Trägerschaften sollten konkrete, praktische Instrumente zur Verfügung gestellt werden, wenn sie Kinder und Jugendliche in Projekte einbeziehen möchten, die deren Lebensbedingungen beeinflussen: Die EKKJ denkt dabei unter anderem an Good-Practice-Standards, Verfahrensmodelle oder theoretische Ressourcen. Die politischen Entscheidungsträger und die Fachpersonen, die in Kontakt mit Kindern und Jugendlichen stehen, sollen auf lokaler Ebene über eine **methodische Unterstützung** verfügen, die ihnen die Umsetzung von Partizipationserfahrungen erleichtert.

Zum besseren Verständnis der Abstimmungsthemen fordert die EKKJ, dass die öffentliche Hand Initiativen unterstützt, die die **Abstimmungsthemen in einer für Jugendliche zugänglichen Sprache darstellen**.

Die EKKJ bestärkt erneut ihre Forderung nach einem **Bürgerdienst**³, der sowohl jungen Männern als auch jungen Frauen offensteht. Dieser Bürgerdienst würde das soziale Engagement von Jugendlichen fördern und gleichzeitig die Wehrpflicht stärken, die bei den Jugendlichen immer noch mehrheitlich Rückhalt geniesst.

² Bericht EKKJ: [Verantwortung tragen – Verantwortung teilen, 2001](#) und [Kindern zuhören, 2011](#).

³ [Bericht EKKJ: Ein Dienst für das Gemeinwohl \(le contrat citoyen\), 2011](#).

2. Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Befragungsergebnisse

- 39 % der Jugendlichen sind der Ansicht, das Familienleben lasse sich am besten organisieren, wenn der Mann Vollzeit und die Frau Teilzeit arbeitet.
♀ 41 % der jungen Frauen — ♂ 36 % der jungen Männer
- 35 % der Jugendlichen sprechen sich für ein gleichberechtigtes Modell aus, bei dem beide Elternteile Teilzeit arbeiten.
♀ 41 % der jungen Frauen — ♂ 29 % der jungen Männer
- 22 % der Jugendlichen befürworten das traditionelle Familienmodell, bei dem der Vater einer Erwerbstätigkeit nachgeht, während die Mutter sich ausschliesslich um Kindererziehung und Haushalt kümmert.
♂ 29 % der jungen Männer — ♀ 15% der jungen Frauen

Von der EKKJ vorgeschlagene Massnahmen

Für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, die insbesondere von einem wachsenden Anteil junger Frauen gewünscht wird, und in Anbetracht der in der Bundesverfassung verankerten Gleichstellung der Geschlechter, empfiehlt die EKKJ die Umsetzung oder Stärkung der folgenden Massnahmen:

- Einführung eines schweizweiten **Elternurlaubs** im Anschluss an den Mutterschaftsurlaub, beispielsweise nach dem von der Eidgenössischen Koordinationskommission für Familienfragen (EKFF) vorgeschlagenen Modell⁴.
- **Entwicklung und Förderung der Teilzeitbeschäftigung bei Männern** in der öffentlichen Verwaltung, die als Arbeitgeberin eine Vorbildfunktion für Privatwirtschaft und Zivilgesellschaft hat. So können die Karrieren von Männern und Frauen optimal auf die Entwicklung der Familienorganisation abgestimmt werden.
- Ausbau der Massnahmen zur **Beseitigung der Lohnungleichheiten zwischen Männern und Frauen**. Der ungleiche Lohn ist ein zentraler Faktor für die je nach Geschlecht unterschiedlich hohen Beschäftigungsgrade.
- Integration **systematischer arbeitsorganisatorischer Überlegungen** in privatwirtschaftliche Betriebe, damit diese besser auf die Entwicklung der Familienmodelle abgestimmt sind.
- Die öffentliche Hand führt **Steuerbegünstigungen** für Betriebe ein, die sich für flexiblere Arbeitsbedingungen für beide Geschlechter einsetzen (Teilzeit, Karriereförderung für Frauen, Telearbeit, flexible Arbeitszeiten usw.)
- Erhöhung der Anzahl **Tagesbetreuungsplätze** für Kinder, Einführung von **Tagesschulen** und Entwicklung und Diversifizierung des Angebots an **Ferienaktivitäten (Tagesbetreuung, Angebot an verschiedenen Aktivitäten usw.)**, was für Familien mit schulpflichtigen Kindern, bei denen beide Elternteile erwerbstätig sind, zur Lösung des Betreuungsproblems beiträgt.

⁴ [Bericht EKKJ: Elternzeit – Elterngeld: Ein Modellvorschlag der EKFF für die Schweiz, 2010](#)

3. Globalisierung, Migration und Minderheiten

Befragungsergebnisse

- 62 % der Jugendlichen nehmen die Personenfreizügigkeit als positiv für die Schweiz wahr.
- 73 % der Jugendlichen sind der Ansicht, dass sich Schweizerinnen und Schweizer in der gesamten Europäischen Union (EU) frei niederlassen und arbeiten können sollten.
- 54 % der Jugendlichen sehen die Einwanderung allgemein als positiven Faktor für die Schweizer Wirtschaft und 56 % sind der Auffassung, dass die Zuwanderer die schweizerische Gesellschaft durch neue Ideen und Kulturen bereichern.
- 42% der Jugendlichen sind der Ansicht, dass die Kriminalitätsrate aufgrund der Einwanderung erhöht werde.
- 62 % der Jugendlichen sprechen sich für oder eher für die Chancengleichheit schweizerischer und ausländischer Staatsangehöriger aus.
- 50 % der Jugendlichen sind gegen das Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer, 30 % sind dafür.
- 6 % der Jugendlichen ordnen sich einer diskriminierten Gruppe zu, hauptsächlich aufgrund ihrer Staatsangehörigkeit, gefolgt von Religion, Hautfarbe, Sprache oder Ethnie.

Von der EKKJ vorgeschlagene Massnahmen

Da sich die Jugendlichen klar für die Personenfreizügigkeit in der EU aussprechen, setzt sich die EKKJ für eine **Stärkung und Fortführung der Austauschprogramme** auf allen Bildungsstufen (Schule, Lehre, Studium) und im Rahmen von ausserschulischen Aktivitäten ein. Besonderer Schwerpunkt liegt auf dem Programm *Erasmus+*, das nach der Abstimmung vom 9. Februar 2014 über die sogenannte Masseneinwanderungsinitiative von der EU ausgesetzt und noch nicht wieder eingeführt wurde.

Um gegen die diskriminierenden Klischees vorzugehen, fordert die EKKJ die Kantonspolizeien und das Bundesamt für Statistik auf, **die Daten über Straftäterinnen und Straftäter** in Publikationen nicht nach «Schweizer – Ausländer» aufzuschlüsseln, sondern nach Aufenthaltsstatus und Aufenthaltsdauer in der Schweiz.

Bereits 2002⁵ hat sich die EKKJ dafür ausgesprochen, **Ausländerinnen und Ausländern unter bestimmten Voraussetzungen das Stimm- und Wahlrecht** auf Gemeinde-, Kantons- und Bundesebene zu gewähren. Die Kommission hält trotz der gegenteiligen Meinung der befragten Jugendlichen an ihrer Position fest, da ohne Partizipation am politischen und staatsbürgerlichen Leben des Gastlandes keine Integration möglich ist.

Um gegen jegliche Form von Diskriminierung vorzugehen, möchte die EKKJ **ein nationales Gesetz gegen Diskriminierung einführen**, wie es in zahlreichen Nachbarländern bereits besteht.

Damit alle Jugendlichen, unabhängig von ihrer Herkunft, dieselben Chancen auf eine anerkannte erste Ausbildung haben, fordert die EKKJ, dass in den Kantonen – allenfalls mit Unterstützung des Bundes – **Übergangs- und Unterstützungsmassnahmen im Bereich Ausbildung**⁶ für Jugendliche in schwierigen Situationen entwickelt und nachhaltig gesichert werden.

⁵ [Bericht EKKJ: Stärken wahrnehmen – Stärken nutzen, 2003](#)

⁶ [Case Management Berufsbildung «CM BB»](#)

4. Die Schule auch als Lebensschule

Befragungsergebnisse

- 88 % der Jugendlichen sind der Ansicht, dass der Umgang mit Geld (Budgetplanung, Schulden, Steuern usw.) in den Lehrplan der obligatorischen Schule gehört.
- 83 % der Jugendlichen würden die Möglichkeiten und Gefahren im Umgang mit neuen Medien gerne in der Schule besprechen.
- 74 % der Jugendlichen sprechen sich dafür aus, dass aktuelle politische Themen zum Schulstoff gehören.
- 59 % der Jugendlichen befürworten die Sexualkunde in der Primarschule, 35 % sind dagegen.

Von der EKKJ vorgeschlagene Massnahmen

Die EKKJ empfiehlt, dass zusätzlich zur elterlichen Erziehung und in Zusammenarbeit mit den Eltern in der Schule auch Kenntnisse und Fähigkeiten vermittelt werden, die die Schülerinnen und Schülern darauf vorbereiten, ihr soziales Umfeld zu verstehen und ihre Alltagsaktivitäten selbständig wahrzunehmen, so wie es sich auch die meisten befragten Jugendlichen wünschen.

Die EKKJ fordert, dass die **Finanzkompetenzen** für alle Schülerinnen und Schüler (und nicht nur für jene, die eine wirtschaftliche Richtung einschlagen) in den Lehrplan aufgenommen werden: Kenntnisse über den verantwortungsvollen Umgang mit Geld, Konsum, Kleinkredite, Budget, Steuern usw. Die Lehrkräfte sollen dazu ermutigt werden, mit anerkannten externen Expertinnen und Experten zusammenzuarbeiten und/oder es sollte ein Weiterbildungsmodul zu diesen Themen angeboten werden⁷.

Der EKKJ zufolge kommt der Schule eine erzieherische Rolle zu, wenn es darum geht, die Schülerinnen und Schüler für die Möglichkeiten und Gefahren der neuen Technologien zu sensibilisieren. Die EKKJ begrüsst den jüngsten Bundesratsbeschluss, **die Massnahmen des im Jahr 2011 lancierten nationalen Programms „Jugend und Medien“ fortzusetzen**. Das Programm hat zum Ziel, die Medienkompetenzen der Jugendlichen im schulischen und ausserschulischen Umfeld zu fördern.

Die Jugendlichen erwarten von der Schule, dass sie ihnen ermöglicht, sich auszudrücken und Fähigkeiten anzueignen, um verschiedene Positionen zu analysieren und in gesellschaftlichen Diskussionen, denen sie sich unweigerlich gegenübersehen, eine kritische Haltung einzunehmen. Um dieser Erwartung gerecht zu werden, fordert die EKKJ:

- **dass die politische Bildung verstärkt wird**
- **dass die Lehrkräfte spezifisch ausgebildet werden** (Grundausbildung), damit sie in der Lage sind, aktuelle Themen in der Klasse zu behandeln
- **dass in der obligatorischen Schule ein «Tag der politischen Bildung» eingeführt wird**, damit die Schülerinnen und Schüler konkrete Erfahrungen mit der Demokratie sammeln können. Im schulischen Umfeld und unter Teilnahme von Persönlichkeiten aus der Lokalpolitik sollen die Schülerinnen und Schüler sich in Diskussionen zu aktuellen Themen üben können.

Schliesslich setzt sich die EKKJ weiterhin dafür ein⁸, dass die **Sexualkunde für alle Kinder wieder auf den Lehrplan der Primarschule gesetzt wird**, um insbesondere das Recht des Kindes auf Bildungsmassnahmen zum Schutz vor sexuellem Missbrauch zu gewährleisten (Art. 19 und 24 KRK).

⁷ Bericht EKKJ: *Selbstbestimmt oder manipuliert? Kinder und Jugendliche als kompetente Konsumenten*, 2014

⁸ Bericht EKKJ: *Jugendsexualität im Wandel der Zeit: Veränderungen, Einflüsse, Perspektiven*, 2009.